

06.03.84

Wi - Fz

Empfehlungen

der Ausschüsse

zum

Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

Punkt der 533. Sitzung des Bundesrates am 16. März 1984

A

Der federführende Wirtschaftsausschuß (Wi)

und der Finanzausschuß (Fz)

empfehlen dem Bundesrat, zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1984
- die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses erstreckt sich da-
bei auch auf das Jahresgutachten 1983/84 - wie folgt Stellung
zu nehmen:

- Wi 1. Der Bundesrat teilt die Beurteilung der gesamtwirt-
schaftlichen Lage durch Bundesregierung und Sachver-
ständigenrat und geht davon aus, daß sich die wirt-
schaftliche Erholung, getragen von einer verstärkten
Investitions- und Exporttätigkeit, 1984 fortsetzt. Er
bekräftigt mit Bundesregierung und Sachverständigenrat,
daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vordringliches
Ziel der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik
bleiben muß. Dazu sind die Investitions- und Wachstums-
bedingungen durch eine Politik, die sich an den
Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert,
konsequent weiter zu verbessern.

- Wi 2. Der Bundesrat begrüßt den klaren marktwirtschaftlichen Kurs, wie er im Jahreswirtschaftsbericht 1984 vertreten wird und wie er etwa in einem eindeutigen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, in einem Eintreten für größere unternehmerische Freiräume, in der Betonung der unternehmerischen Eigenverantwortung im Innovationsprozeß, aber auch in der Befürwortung eines Ausbaus des europäischen Binnenmarktes und dem Eintreten für eine Sicherung des freien Welthandels zum Ausdruck kommt.
- Wi 3. Die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht angekündigten Handlungsschwerpunkte für 1984 - Fortsetzung der soliden, wachstumsfreundlichen Haushaltspolitik, Privatisierung öffentlicher Beteiligungen und Dienstleistungen, Abbau bürokratischer Hemmnisse, Förderung der Bildung von mehr Risikokapital, Ausbau der Vermögensbildung, beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik sowie Verbesserung der Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf - finden die Unterstützung des Bundesrates.
- Wi 4. Der Bundesrat ist jedoch der Auffassung, daß die Vorstellungen und Maßnahmen der Bundesregierung zu folgenden Themenbereichen noch näher konkretisiert werden sollten: Abbau von Subventionen, zweite Stufe des Ausbaus der Vermögensbildung, Förderung von Existenzgründungen und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeit.
- Fz 5. Der Bundesrat ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte im Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen stetig und nachhaltig verringert werden muß. Er stimmt daher mit der Bundesregierung und dem Finanzplanungsrat in dem Ziel überein, den jährlichen Zuwachs der Ausgaben in den öffentlichen Haushalten und Finanzplänen an einer Größenordnung von 3 v.H. zu orientieren.

- Wi
Fz 6. Der Bundesrat sieht ebenso wie Bundesregierung und Sachverständigenrat keinen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Staatliche Ausgabenprogramme - wie sie trotz aller negativen Erfahrungen von verschiedenen Seiten immer wieder gefordert werden - würden die weitere wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen.
- Fz 7. Auch der Bundesrat ist der Auffassung, daß den steuerlichen Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 eine allgemeine Senkung der Besteuerung des Einkommenszuwachses folgen muß, sobald der Konsolidierungsprozeß der öffentlichen Haushalte dies zuläßt. Dabei kommt einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs besondere Bedeutung zu.
- Wi 8. Der Bundesrat warnt vor konjunkturbelastenden Arbeitskämpfen. Er unterstreicht mit Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu Lasten der Arbeitsplätze ernstlich gefährden müßte. Gleichzeitig tritt er für neue flexiblere Formen der Tages-, Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit ein, die den individuellen Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer, aber auch den veränderten Anforderungen der Betriebe Rechnung tragen können.
- Wi 9. Auch der Bundesrat mißt der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit größte Bedeutung bei. Er dankt den Betrieben und Unternehmen für ihre bisherige Ausbildungsleistung und appelliert an die Wirtschaft, auch 1984 alle Anstrengungen zu unternehmen, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

- Wi 10. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Verfügbarkeit von Risikokapital eine wichtige Voraussetzung für den Innovationsprozeß in der Wirtschaft und die Einführung moderner, zukunftsorientierter Technologien ist. Er hält es deshalb für erforderlich, die z. Z. geltenden Rahmenbedingungen z. B. im Bereich des Steuer- und Börsenrechts daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit Erleichterungen notwendig und zweckmäßig erscheinen.

B

- Fz 11. Der Finanzausschuß empfiehlt dem Bundesrat, von dem Jahresgutachten 1983/84 Kenntnis zu nehmen.